Antragsdatenbank des 2. SiP der Landesschülervertretung Oberösterreich

- ❖ Datum: 07. 02. 2024
- ❖ Zeit: 09:00 Uhr bis
- ❖ Ort: FH OÖ
- ❖ Reihenfolge der Anträge:

1) Antrag F
2) Antrag D
3) Antrag G
4) Antrag B
5) Antrag H
6) Antrag C
7) Antrag A
8) Antrag E
9) Antrag I

Behandlung der Anträge

Antrag 1

Antrag F, Demokratiebildung und Medienkunde

Antragsstellerin: Magdalena Noehmer vertreten durch Anna Pilsl

Dass wir in einer Demokratie leben ist wohl jeder:m Schüler:in klar. Doch was das eigentlich bedeutet in einem demokratischen Staat zu leben, wissen viele junge Menschen oft nicht genau. In Österreich dürfen wir mit 16 Jahren wählen doch was heißt das überhaupt und wie kann ich mich richtig und vielseitig informieren?

In Österreich haben wir das Fach Geschichte und politische Bildung, jedoch werden hier größtenteils nur historische Themen behandelt und die politische Bildung kommt viel zu kurz. Daraus folgt, dass viele Jugendliche zwar wissen, dass sie wählen gehen dürfen und trotzdem zu wenig Hintergrundinformationen bekommen haben, um dieses Recht auch, für sie passend, einsetzen zu können.

Daher braucht es Demokratiebildung als eigenständiges Unterrichtsfach ab der 7.Schulstufe. Themen, die in diesem Fach behandelt werden, reichen von politischen Prozessen über demokratische Systeme bis hin zur EU . In dem Fach "Demokratiebildung und Medienkunde" findet sich zudem ausreichend Zeit dafür, aktuelle Themen zu diskutieren und die Meinungsbildung junger Menschen zu fördern.

Demokratiebildung sollte aber nicht nur in einem eigenständigen Fach behandelt werden, sondern auch in andere Unterrichtsfächer miteinbezogen werden. Dadurch wird besonders die Förderung von kritischem Denken und einem demokratischen Bewusstsein sichergestellt.

Zusätzlich leben wir in einer Zeit, wo jede:r von Digitalisierung spricht. Künstliche Intelligenzen und das Internet werden immer wichtiger für uns, jedoch wird uns Schüler:innen nicht gelernt, wie wir richtig im Internet recherchieren und Medien so nutzen, dass wir einen Vorteil aus ihnen ziehen können. Wie sollen wir also zum Beispiel vertrauenswürdige Quellen für ein Referat finden, wenn uns nie gelernt wurde, nach welchen Dinge man genau suchen muss, um das zu bekommen, nach was man wirklich suchen wollte.

Deshalb möge sich die LSV OÖ dafür einsetzen, dass:

- Demokratiebildung auch Fächer übergreifend in den Unterricht aufgenommen wird im Rahmen eines Unterrichtsprinzips.
- Demokratiebildung und Medienkunde als eigenständiges Unterrichtsfach ab der 7. Schulstufe eingeführt wird.
- Die hierfür benötigte Lehrpersonenausbildung als Lehramtsstudium eingeführt wird.

<u>Abstimmung Erweiterungsanträge und Abänderungsanträge:</u>

EA1: Anpassung des Geschichte Lehrplans, dass notwendige Inhalte bleiben jedoch eine gute Selektierung erfolgt über das was tatsächlich gebraucht wird. - 90,32% angenommen
EA2: Auch andere (autoritäre) Systeme sollen in diesem Fach behandelt werden. – 87,30% angenommen
EA3: Die Infrastruktur an den Schulen soll ausgebaut werden. – 82,25% angenommen

AA1: Das Land OÖ soll Lehrkräfte zur Verfügung stellen die Workshops zum Thema Demokratie in den Schulen und Klassen abhalten. – 69,84% angenommen

<u>Abstimmung des Hauptantrags + alle EA und AA:</u>

HA in: 92,57% angenommen

Antrag 2

Antrag D, Europabildung spürbar machen!

Antragssteller: Tobias Marschner

Österreich ist das EU-skeptischste Land innerhalb der Europäischen Union, dies ergibt eine aktuelle Umfrage des EU-Parlaments. Gründe hierfür liegen unter anderem an einer mangelnden Bildung über Europa. Es fehlen die Kenntnisse über die Aufgaben und Möglichkeiten der EU.

Sichtbar wird die Skepsis und das Desinteresse an der Europäischen Union vor allem

auch an der gegenüber der Nationalratswahl sehr viel geringeren Wahlbeteiligung bei der Wahl zum EU-Parlament. Laut EU Barometer wünschen sich die Österreicher:innen keine stärkere Rolle der Europäischen Union, das ist insofern bedenklich, da dabei auch oft vergessen wird, dass die EU nicht nur innereuropäisch, sondern auch außenpolitisch Stabilität und Sicherheit bringen kann. Hierfür wäre es notwendig, dass die Bevölkerung der Mitgliedsländer an die europäische Gemeinschaft glaubt. Dazu gehört auch Weltoffenheit als

Mindset, um sich als internationaler Player zu positionieren und wirtschaftliche Chancen zu ergreifen.

Es gilt das Interesse an Europa zu steigern, dazu müssen sowohl auf individueller Ebene die persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten, als auch die Möglichkeiten zur Mitgestaltung in der Europäischen Union erkannt werden. Wichtig ist, bereits im Unterricht stärker auf Europa einzugehen und Europabildung in den Unterricht zu integrieren. Beispielsweise würde eine Brüsselreise das Verständnis für die Vielfalt eines geeinten Europas oder den generellen Aufbau der Europäischen Union enorm verbessern. Die Europäische Union betrifft nahezu alle Lebensbereiche, deshalb sollte diese auch fächerübergreifend thematisiert werden. Mit einem solchen Zugang wird es für uns Schüler:innen möglich, uns aktiv an der Gestaltung einer europäischen Identität zu beteiligen.

Deshalb möge sich die LSV OÖ dafür einsetzen, dass:

- Europabildung als Unterrichtsprinzip in den Prinzipienkatalog des BMBWF aufgenommen wird.
- aktuelle Unterrichtsmaterialien, die einen fächerübergreifenden Unterricht zur Europabildung ermöglichen, zur Verfügung gestellt werden.
- ein Infoblatt über die Möglichkeit der Brüsselreiseförderung des Bundeskanzleramtes an Klassenvorständ:innen ausgesendet wird.

<u>Abstimmung Erweiterungsanträge und Abänderungsanträge:</u>

EA1: Jede Schule/Klasse soll einmal in der Oberstufe die Chance haben eine Erasmus+ Reise durchführen zu können. – 98,43% angenommen
EA2: Lehrkräfte sollen bei der Organisation und Durchführung von Erasmus+ Reisen unterstützt werden. – 100% angenommen
EA3: Es soll einen verpflichtenden Besuch im Parlament geben. – 98,93% angenommen
EA4: An Schulen soll es Workshops über die EU (Wahlen) von „informierten" Personen geben. – 83,94% angenommen

AA1: Die Materialien sollen nicht an die Klassenvorstände, sondern direkt an die Direktionen weitergeleitet werden. – 77,77% angenommen

<u>Abstimmung Hauptantrag inkl. EA und AA:</u>
HA inkl. EA und AA: 92,72% angenommen

Antrag 3

Antrag G, Mentale Gesundheit – Die Bedeutung von Schulpsycholog:innen

Antragsstellerin: Karolina Papp

Vor allem seit der Corona-Pandemie ist das Thema mentale Gesundheit an den Schulen wichtiger als je zuvor. Schüler:innen müssen tagtäglich schulische Herausforderungen bewältigen und auch der Leistungsdruck wird oft als sehr belastend wahrgenommen, was sich natürlich negativ auf die mentale Gesundheit der Schüler:innen auswirkt. Schulpsycholog:innen sind dabei essentiell für das Wohlbefinden junger Menschen, da sie spezialisierte Unterstützung in schulischen und emotionalen Angelegenheiten bieten können.

Die Möglichkeit, eine Schulpsycholog:in aufzusuchen, gibt es zwar an einigen Schulen bereits, jedoch nicht an allen. Aber auch wenn das Angebot besteht, ist es den Schüler:innen oft unangenehm den/die Schulpsychologen:in zu besuchen oder sie versuchen ihre Probleme und Herausforderungen allein zu bewältigen. Viele junge Menschen kämpfen dadurch mit unerkannten psychischen Herausforderungen, was langfristig auch zu schwerwiegenden Problemen führen kann

Schulpsycholog:innen leisten einerseits einen entscheidenden Beitrag bei der Prävention von psychischen Belastungen, andererseits aber auch bei der Intervention bei psychischen Herausforderungen. Ähnlich wie der Besuch bei Schulärzt:innen sollte der Zugang zu Schulpsycholog:innen als Routine etabliert werden, damit auch jedem:r Schüler:in ermöglicht wird, eine individuelle Unterstützung bei mentalen Belastungen zu bekommen. Dies würde das emotionale Wohlbefinden der Schüler:innen steigern und auch das Bewusstsein für die Bedeutung der mentalen Gesundheit innerhalb der Schülerschaft fördern. Da die mentale Gesundheit der Schüler:innen essentiell für ein zukunftsfittes Bildungssystem ist, ist es wichtig, diese gezielt zu fördern.

Deshalb möge sich die LSV OÖ dafür einsetzen, dass:

- alle Schüler:innen einmal im Jahr einen Besuch bei dem/der Schulpsychologen:in wahrnehmen müssen, vergleichbar mit dem Termin mit dem schulärztlichen Personal
- an den Schulen Workshops zum Thema mentale Gesundheit angeboten werden (bspw. auch Workshops zum Thema Mobbing von der KIJA OÖ)
- mentale Gesundheit im Unterricht häufiger thematisiert wird, bspw. durch den Ausbau des Unterrichtsprinzip Gesundheitsförderung

<u>Abstimmung Erweiterungsanträge und Abänderungsanträge:</u>

EA1: Das Gespräch soll nicht nur mit einem Schulpsychologen oder einer Schulpsychologin sondern eventuell auch mit einem Jugendcoach oder generell Schulsupportpersonal durchgeführt werden. – 71,42% angenommen

EA2: Lehrpersonen sollen im Umgang mit Schülerinnen und Schüler mehr geschult werden. – 97,72% angenommen

EA3: Es soll die Möglichkeit für eine Gespräch auch für Lehrkräfte geben. – ??% angenommen

EA4: Gemeinsam mit dem Ressort für Soziales und anderen Expert:innen soll ein Handbuch entwickelt werden um Schulleitungen eine effektive Schulpsychologie zu ermöglichen. – 71,04% angenommen

EA5: Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sollen auch außerhalb der Unterrichtszeiten zur Verfügung stehen. – 64,78% angenommen

EA6: Im Unterricht muss mentale Gesundheit mehr thematisiert werden. – 86,95% angenommen

EA7: Klassensprecher:innen, Lehrkräfte und die Direktion sollen auf die Möglichekit zur Beratung hinweisen und mit betroffenen direkt den Kontakt suchen. – 59,52% angenommen

AA1: Jede Schule soll verpflichtend eine Psychologin oder einen Psychologen zwei Stunden pro Woche zur Verfügung stellen. – 72,43% angenommen

AA2: Statt einem verpflichtenden Termin pro Jahr soll jede Schule eine Psychologin oder einen Psychologen verpflichtend einmal in der Woche für mindestens zwei Stunden zur Verfügung stellen. – 77,55% angenommen

AA3: Es soll eine Förderung bereitgestellt werden die, die Kosten für Psychologinnen und Psychologen abdeckt. – 81,48% angenommen

AA4: Es soll auch Workshops gegen Gewalt an Schulen geben - 82,69% angenommen

Abstimmung Hauptantrag G inkl. EA und AA:

HA inkl. EA 1-7 und AA 1-4: 91,83% angenommen

4. Antrag

Antrag B, Individuality now – mit Individualisierung in das Bildungssystem der Zukunft

Antragssteller: Valentin Reisner

Manch einer mag täglich in der Schule sitzen und sich fragen: „Was mache ich hier eigentlich?" Und das ist eine berechtigte Frage. Wir sitzen jeden Tag in der Schule und lernen Sachen, die uns teilweise nicht interessieren und die wir in der Zukunft nicht brauchen werden. Sachen, für die wir nicht brennen. Es ist von immenser Wichtigkeit, in unserem Bildungssystem die Weichen für eine positive Zukunft zu stellen. Und zwar jetzt. Daher müssen wir die Schule an die individuellen Stärken und Interessen der Schüler:innen anpassen. Aber wie?

Im Flex-Zeiten-Modell werden Schulstunden zusammengelegt, um den Schüler:innen mehrere Stunde pro Woche zur Verfügung zu stellen. Diese können für verschiedene Tätigkeiten genutzt werden. Beispielsweise für Förderkurse, Projekte, Expertenvorträge, zusätzliche Kurse oder einfach zum Lernen.

Durch Förderkurse können nicht nur individuelle Talente gefördert werden, sondern auch gänzlich neue entdeckt werden. Derartige Kurse bedürfen aber einer motivierten Lehrkraft und werden nur unzureichend vom Staat unterstützt.

Schulclubs – eine selten genutzte Bildungsschiene im Schulsystem - stellen eine gute Möglichkeit zur Weiterentwicklung der Interessen dar. Aber nicht nur das! Schulische Aktivitäten außerhalb des regulären Lehrplans haben nachweislich positive Auswirkungen auf die sozialen, emotionalen und kognitiven Fähigkeiten der Jugendlichen. Diese Schulclubs müssen aber auch ausreichend gefördert werden.

Das alles sind Schritte, die für die sinnvolle Umgestaltung des Bildungssystems wichtig sind. Lasst uns also unser Bildungssystem gemeinsam in eine glänzende Zukunft führen!

Deshalb möge sich die LSV OÖ dafür einsetzen, dass:

- eine Informationsbroschüre über das Flex-Zeiten-Modell an alle Schulleitungen ausgeschickt wird.
- die Umsetzung des Flex-Zeiten-Modells an allen Schulen von Expert:innen evaluiert wird.
- Förderkurse staatlich unterstützt werden.
- das Fortbildungsprogramm für Lehrkräfte im Bereich der Förderkurse und außerschulischen Aktivitäten ausgebaut wird.
- Schulclubs und die Gründung derselben mit finanziellen Mitteln vom Staat gefördert werden (bspw. durch die Anschaffung von Materialien).

Abstimmungen EA und AA:

EA1: Neben dem Flex-Zeiten-Modell soll es Freigegenstände vermehrt als Option existieren. – 96,00% angenommen

EA2: Schulen sollen über andere Möglichkeiten informiert werden, wie sie Individualisierung in den Unterricht bringen können. – 95,74% angenommen

EA3: Der Stundenplan soll so gestaltet werden, dass er zu einer Attraktivierung von Freigegenständen führt. – 84,21% angenommen

EA4: Schulversuche sollen stärker gefördert werden. – 89,47% angenommen

EA5: Es sollen die rechtlichen Voraussetzungen für eine dauerhafte Umsetzung des Flex-Zeiten-Modells geschaffen werden. – 74,35% angenommen

EA6: Es soll eine schulübergreifende Zusammenarbeit bei Clubs, Förderkursen und WPG´s geben. – 84,31% angenommen

Abstimmung HA inkl. EA:

HA inkl. EA 1-6: 82,69% angenommen

5. Antrag

Antrag H, Schwerpunkt der Schule von morgen: Medienbildung

Antragsstellerin: Agnes Riegler

Viele von euch wird es ähnlich gehen wie mir: Man steht vor der ersten Wahl, hat aber wenig Ahnung, wen oder was man wie wählen soll. Schule hat zwar einen Bildungsauftrag, trotzdem gelingt es häufig nicht, spannende, demokratische Werte und Basiswissen nachhaltig zu vermitteln. Dabei fällt das Wort „Politik/politisch" im Lehrplan der AHS bspw. 712 Mal und das Wort „Medien" kommt sogar 829 Mal vor. Sollte dann nicht mehr von den fächerübergreifenden Kompetenzen der Politik- und Medienbildung auch im Unterricht ankommen?

Es stellt sich erst einmal die Frage: Warum haben Politik- und Medienbildung so große Bedeutung?

Politikbildung verhilft zu politischem Wissen, unterstützt bei der Meinungsbildung zu Wahlen und zeigt die Möglichkeiten unserer Demokratie auf.

Dabei spielt vor allem Medienbildung eine große Rolle – weil Medien nun mal das Kommunikationsmittel der demokratischen Stakeholder sind.

Egal ob Einzelpersonen oder politische Parteien - als junge Menschen müssen wir lernen, mit den Medien und Faktenquellen unserer Zeit umzugehen. Ob Zeitungsartikel, Instagrampräsenz oder auch Wahlprogramme im Internet: Jugendliche müssen die Fähigkeit erwerben, diese zu verstehen, die Hintergründe und Umstände reflektieren zu können und schließlich darüber individuell Meinungen zu entwickeln.

Besonders in den Zeiträumen vor den aktuellen und teilweise ersten Wahlen der Schüler:innen soll sich also damit auseinandergesetzt werden, wer oder was gewählt wird, über das Wahlsystem in Österreich aufgeklärt werden und zur eigenen selbständigen & faktenbasierten Meinungsbildung verholfen werden.

Medienkunde ist dabei ein wichtiger Schwerpunkt, der in verschiedenen Fächern Platz finden muss, um Schüler:innen auf ihre zukünftigen demokratiepolitischen Möglichkeiten und Entscheidungen vorzubereiten - im Deutschunterricht bei wöchentlichen Medienanalysen, im Geschichteunterricht bei der Aufklärung über die politische Landschaft in Österreich oder in Fremdsprachen, um sich im politischen Diskurs und der Vertretung seiner eigenen Meinung zu üben: es gibt viele Wege, Jugendliche in verschiedenen Unterrichtsgegenständen auf Wahlen vorzubereiten und über die Grundzüge unserer Demokratie zu informieren.

Mit Medienkunde und vielfältigen Demokratiewissen gehen wir eine Schritt in Richtung der Schule von morgen.

Deshalb möge sich die LSV OÖ dafür einsetzen, dass:

- Medienbildung und -analysen im Unterricht größeren Platz finden und dort politisches Interesse fördern.
- sich in den Fächern Deutsch, Geschichte (und im möglichen zukünftigen Fach „Demokratiebildung“) jeweils mindestens 3 EH vor aktuellen Wahlen mit diesen auseinandergesetzt wird.

<u>Abstimmung EA und AA:</u>

EA1: Demokratie- und Medienkunde als eigenes Unterrichtsfach. 39,02% abgelehnt

EA2: Themen rund um KI müssen stärker in den Unterricht integriert werden. 92,10% angenommen

EA3: Im Unterrichtsfach Medienkunde muss über Risiken aufgeklärt werden. 76,92% angenommen

EA4: Es muss einen flexiblen Lehrplan geben, damit die 3EH vor der Wahl zur Verfügung stehen können. 74,35% angenommen

EA5: Die Infrastruktur muss ausgebaut werden. 74,35% angenommen

EA6: Der Informatikunterricht soll auf die gesamte Oberstufe ausgedehnt werden. 20,45% abgelehnt

AA1: Statt den 3 Unterrichtseinheiten soll es einen Workshop zu dieser Thematik geben. 60% angenommen

AA2: Bei 3 EH für die Vorbereitung soll auf die Fächer Deutsch und Geschichte aufgeteilt. 53,65% angenommen

HA inkl. EA und AA:
HA: 83,33% angenommen

6. Antrag

Antrag C, Schüler:innen als Architekt:innen der Bildung: Lehrplanentrümpelung und Mitgestaltung für eine zeitgemäße Bildung

Antragsstellerin: Juliana Strobl vertreten durch Sophia Bötscher

Der Satz von Vieta, wie man das lateinische Wort ,,amica'' dekliniert oder was mittelhochdeutsche Lyrik ist.

Das alles sind Dinge, die uns in der Schule als unbedingt Zukunftsrelevant verkauft werden. Doch wie sieht es in Bereichen wie der Wirtschafts- und Finanzbildung aus. Klärt mich die schule über den richtigen Umgang mit Finanzen, Steuererklärungen und co auf? Oder beispielsweise auch Demokratiebildung und Medienkunde: lerne ich in der Schule, wie ich seriöse Quellen erkenne und wie ich mir meine eigene Meinung bilden kann?

Auch wenn diese Inhalte schon zu kleinen Teilen in unseren Lehrplänen verankert sind, ist die ehrliche Antwort auf die Frage, ob diese und weitere Themen wirklich genug Platz in unseren Klassenzimmern finden; Nein, die Schule lässt uns in diesen Punkten eindeutig im Stich, obwohl diese Kompetzen für die bewusste Gestaltung unserer Zukunft so wichtig wären. Doch wir Schüler:innen wissen, was wir brauchen und welche Themengebiete in der schule oft noch zu kurz kommen.

Wir sind Expert:innen unserer Lebensrealität und der Lücken im Bildungssystem.

Bis vor Kurzem konnten wir keinen Einfluss auf die Lehrpläne und somit auf die inhaltliche Gestaltung unseres Schullebens nehmen. Diese Situation ändert sich nun durch die DemokratieMachtSchule-Umfrage. Erstmals können wir aktiv an der Lehrplanentwicklung teilhaben. Diese positive Entwicklung ermöglicht es uns Schüler:innen endlich Einfluss darauf zu nehmen, welche Themen wir als besonders zukunftsrelevant betrachten und welche inhaltlichen Bereiche in der Schule von morgen mehr Raum einnehmen sollten.

Aber nicht nur dies ist ein bedeutender Schritt in Richtung Mitbestimmung, sondern auch die Verankerung der BSV in der Lehrplankommission als kontinuierliche Vertretung. Damit haben wir auch dort eine Stimme, die sich fortlaufend für unsere Anliegen und Forderungen in puncto Lehrpläne einsetzt.

Weil es ganz dringend Fortschritte im Bildungssytem braucht und die Patartizipation und Mitgestaltung der Lehrpläne der erste Schritt in die richtige Richtung ist

Deshalb möge sich die LSV OÖ dafür einsetzen, dass:

- *Die BSV einen fixen Platz in der Lehrplankomission einnimmt.*
- *Die DemokratieMachtSchule-Umfrage als Mitbestimmungsmöglichkeit für Schüler:innen verankert wird.*

Abstimmung EA und AA:

EA1: Einführung des Unterrichtsfaches Angewandte Finanzbildung in allen AHS und BMHS in Österreich, in der Form von 2 Wochenstunden. – 42,01% abgelehnt

EA2: Es braucht eine Inkludierung der Kammern in diesem Gremium. – 72,41% angenommen

EA3: Die BSV soll ein Mitspracherecht bei der Ernennung des/der Bildungsminister/Bildungsministerin bekommen. – 75% angenommen

EA4: Bei der Planung der Lehrpläne auf die einzelnen Schultypen Rücksicht nehmen. – 100% angenommen

EA5: Im SchOG abgekoppelt von alltäglichem Schulwesen und als Leistungsauftrag des Ministeriums. – 94,11% angenommen

EA6: Lehrpläne sollen genug Flexibilität bieten, um die Potentiale bestmöglich ausschöpfen zu können. – 97,05% abgelehnt

EA7: Es sollen verpflichtende Betriebsbesuche eingeführt werden. – 58,82% angenommen

EA8: Musik und Bildnerische Erziehung sollen ab dem Zeitpunkt, wo es ein Fach „Finanzbildung“ an der Schule gibt nur mehr als WPGs zur Verfügung stellen. - 21,42% abgelehnt

EA9: Ethik und Religion sollte ab der 4. bzw. 5. Klasse BMHS bzw. 8. Klasse AHS entfernt werden. - 21,42% abgelehnt

Abstimmung Hauptantrag inkl. aller positiv abgestimmter Anträge

HA C + Rest – 100% angenommen

7. Antrag

Antrag A, Verpflichtende Wahl von Schülervertreter:innen sowie Errichtung einer eigenen Landesschülervertretung für Land- und Forstwirtschaftliche Fachschulen in Oberösterreich

Antragssteller: Lorenz Baumgartner

Die Wahl der Schülervertretung ist im Oö. Land- und forstwirtschaftlichen Schulgesetz in § 58 festgelegt. In der Praxis wird eine derartige Wahl jedoch oftmals nicht durchgeführt, beziehungsweise nicht ordnungsgemäß ausgeführt

Wir fordern daher die 15 Land- und Forstwirtschaftlichen Fachschulen Oberösterreichs dazu auf ordnungsgemäß nach § 58 des Oö. Land- und forstwirtschaftlichen Schulgesetzes die Schülervertretung an ihrer Schule zu wählen. Wir fordern darüber hinaus, eine Abänderung des Gesetzestextes dahingehend, dass die Schülervertretung von jeder und jedem Schüler:in gewählt werden kann sowie, dass sich nicht nur Klassensprecher:innen zur Wahl stellen

dürfen, sondern alle Schüler:innen. Dies soll zu einer freieren Wahl der Schülervertreter führen, die auf Freiwilligkeit und Eigeninitiative beruht

Derzeit werden die Schüler:innen der Land- und Forstwirtschaftlichen Fachschulen durch den BMHS Landesschulsprecher offiziell gesetzlich vertreten. Die Land- und

Forstwirtschaftlichen Fachschulen stellen jedoch im Gegensatz zu den Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen ganz andere Anforderungen an die Schulgemeinschaft und an die Organisation der Schulen. Genau aus diesem Grund gibt es im Landesministerium auch eine eigene Abteilung für Land- und Forstwirtschaftliche Fachschulen sowie eine eigene Lehrer:innenvertretung für diesen Schultyp. Sie stellen somit einen überaus expliziten fachspezifischen Schulbereich dar, der eine eigene schulübergreifende Interessensvertretung verlangt. Wir fordern daher die Errichtung einer eigenen Landesschülervertretung für die Land- und Forstwirtschaftlichen Fachschulen in Oberösterreich.

Deshalb möge sich die LSV OÖ dafür einsetzen, dass:

- Eine ordnungsgemäße Wahl der Schülervertretung an allen 15 Schulstandorten der Land- und Forstwirtschaftlichen Fachschulen laut § 58 des Oö. Land- und forstwirtschaftlichen Schulgesetzes durchgeführt wird.
- Die Wahl innerhalb der ersten fünf Schulwochen zu erfolgen hat.
- Die neuen Schülervertretung beim Landesschulinspektor und bei der zuständigen Landesschülervertretung bekanntgegeben werden.
- Die:der Schülervertreter:in von jeder:jedem Schüler:in gewählt werden kann und sich jede:r Schüler:in zur Wahl aufstellen lassen kann anstatt ausschließlich der Klassensprecher:in.
- Sich die Kanditat:innen vor der Wahl bei der Schulgemeinschaft in einem adäquaten Rahmen vorstellen können, damit eine entsprechende Wahlentscheidung getroffen werden kann.
- Die Wahl adäquat und anonym durch Organisation der Schulverwaltung durchgeführt wird.
- Klassensprechersitzungen in Organisation der Schülervertretung mit und ohne Direktion durchgeführt werden.
- Eine Landesschülervertretung für die Land- und Forstwirtschaftlichen Fachschulen in Oberösterreich eingerichtet wird, welche ausschließlich durch die Schülervertreter:innen der 15 Land- und Forstwirtschaftlichen Fachschulen gewählt werden kann.
- Zur Kandidatur der Landesschülervertretung der Land- und Forstwirtschaftlichen Fachschulen nur Mitglieder der aktiven Schülervertretung, die nicht den Abschlussjahrgang besuchen, antreten dürfen. Ist dies nicht möglich können passive Schülervertreter der unteren Jahrgänge teilnehmen.
- Die Wahl und Vorstellung der Kandidat:innen innerhalb eines Treffens der Schülervertreter:innen stattfindet, welche durch den Landesschulinspektor organisiert wird.
- Finanzmittel zur Organisation von Veranstaltungen, die zum Verantwortungsbereich der Landesschülervertretung gehören, zur Verfügung gestellt werden.

<u>Abstimmungen EA und AA:</u>

EA1: Auch bestehende LSV-Mitglieder, die nicht in der SV an der eigenen Schule sind können sofern sie nicht in der Abschlussklasse sind erneut für die LSV kandidieren. – 97,29% angenommen

EA2: Die Fachschul-LSV sollen langfristig in die bestehende LSV eingegliedert werden und durch ein Bundesgesetz geregelt werden. – 86,95% angenommen

EA3: Der adäquate Rahmen soll für alle Schülerinnen und Schüler die für die SV kandidieren unabhängig vom Schultyp. – 87,03%

AA1: Es soll wirklich für alle Fachschulen gelten und nicht nur für Land- und Fortswirtschaftliche. – 76,47% angenommen

<u>HA inkl. EA und AA:</u>

Hauptantrag: 80,84% angenommen